

H-1 Haushalt 2018

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 14.11.2017

Tagesordnungspunkt: 4. Haushalt und Finanzen / Beschluss Jahreshaushalt 2018

1 Der Landesdelegiertenrat möge mit der gesonderten Beschlussfassung über die
2 folgenden Teilanträge dem Haushaltsplanentwurf des Landesverbandes für 2018
3 zustimmen:

- 4 1. Der Landesdelegiertenrat beschließt die auf das Kalenderjahr 2018
5 befristete Mittelfreigabe aus dem Etat des Landesverbandes als
6 „Starthilfe“ für die Schaffung einer Stelle „Gemeinsame*r Referent*in
7 Kreisverbände“ im Umfang von 15 Stunden/Woche.
- 8 2. Der Landesdelegiertenrat stimmt der Schaffung einer Assistenz-Stelle in
9 der Landesgeschäftsstelle im Umfang von 10 Stunden/Woche zu.
- 10 3. Der Landesdelegiertenrat stimmt dem Haushalt 2018 des Landesverbandes
11 (ggf. in der in a) und/oder b) geänderten Fassung) zu.

12 Erläuterungen zum Haushaltsplan 2018

13 Folgende Veränderungen die über normale Fortschreibungen oder erfahrungsbasierte
14 Anpassungen von Ansätzen hinausgehen schlägt der Landesvorstand für den
15 Jahreshaushalt 2018 vor:

16 Mittel für neue/geänderte Stellen

17 Zeile 1d (Einnahmen) und 12a (Ausgaben): „Gemeinsame*r Referent*in
18 Kreisverbände“

19 In der alltäglichen Arbeitspraxis hat es sich als sehr vorteilhaft erwiesen,
20 auch in den Kreisverbänden Stellen zu schaffen, die die ehrenamtlichen Vorstände
21 bei den anfallenden Routinetätigkeiten entlassen. Dies können sich bisher nur
22 wenige unserer Kreisverbände überhaupt leisten. Deswegen diskutieren wir seit
23 einiger Zeit im Landesverband die Idee, dass sich die anderen Kreisverbände
24 zusammen eine gemeinsame Stelle finanzieren, deren Inhaber*in dann diese
25 Kreisverbände mit ein paar Stunden pro Monat unterstützt (entweder zur
26 Untermiete aus einem der grünen Büros im Land oder aus dem home-office). Da
27 diese Idee aber noch nicht über die Diskussionsphase hinausgekommen ist und die
28 Stelleninhaber*in idealerweise im Kommunalwahljahr 2019 schon eingearbeitet sein
29 sollte, schlagen wir vor, dass der Landesverband einmalig als „Starthilfe“ in
30 Vorleistung geht und die Stelle in 2018 einrichtet. Und dann parallel zur
31 Einrichtung mit den Kreisverbänden über den Abschluss einer
32 Finanzierungsvereinbarung verhandelt. Aber da sich dies erfahrungsgemäß noch
33 eine Weile hinziehen wird, ist es unsere Sorge, dass eine Stelleneinrichtung
34 erst nach Abschluss einer ansatzweise ausreichenden Zahl von Vereinbarungen
35 nicht mehr den vollen möglichen Nutzen für 2019 bringt. Daher die Bitte, eine
36 parallele Vorgehensweise zu ermöglichen. Diese Stelle muss sich ab dem Jahr 2019
37 allein aus den Mitteln der Kreisverbände tragen, der Landesverband kann diese
38 Aufgabe nicht kontinuierlich übernehmen. Sollte es bis zur Haushaltsaufstellung
39 für 2019 im Herbst 2018 nicht gelingen, dieses Finanzierungsfundament zu
40 sichern, so wird das Experiment zum Jahresende beendet werden.

41 Zeile 12: Assistenz Geschäftsstelle

42 Bisher planen wir in der Landesgeschäftsstelle, die sehr knappe
43 Personalausstattung mit einer durchgehenden Praktikant*innenstelle zu ergänzen.
44 Aber insbesondere während der Vorlesungszeiten entstehen so immer wieder Lücken,
45 außerdem ist der Betreuungs- und Einarbeitungsbedarf, sowie der ständige Abriss
46 der aufgebauten Erfahrung nach wenigen Monaten eine nicht unerhebliche
47 Belastung. Daher schlagen wir zur Verstärkung der Erledigung von
48 Routineaufgaben vor, einen Teil dieser Mittel in eine geringfügige Assistenz-
49 Stelle im Umfang von 10 Stunden / Woche umzuwidmen und nur noch 2 x 2 Monate
50 eine Praktikumsstelle (in den Vorlesungsfreien Zeiten) anzubieten. Davon
51 unbenommen sind Wahlkampfphasen, wenn ggf. zusätzliche Praktika aus dem
52 jeweiligen Wahlkampfetat finanziert werden.

53 Zeile 12: Aufstockung Stelle Finanzreferentin

54 Da unsere Finanzreferentin zwischenzeitlich die Buchhaltung für (fast) alle
55 Kreisverbände übernommen hat, ist der regelmäßige Arbeitsaufwand so weit
56 gestiegen, dass eine Aufstockung der Stelle von drei auf vier Tagen notwendig
57 geworden ist. Dies wird größtenteils durch Kostenübertragung auf die
58 Kreisverbände gegenfinanziert. Eine Überprüfung der zugrundeliegenden
59 Kostensätze und eventuelle Nachverhandlung der Geschäftsbesorgungsverträge mit
60 den Kreisverbänden steht für 2018 an.

61 Zeile 12: Anpassung der Grundgehälter der Festangestellten an aktuelle Tarif-
62 Grundgehälter

63 Der Landesverband kann seinen drei festangestellten Mitarbeiter*innen
64 (Geschäftsführung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Finanzreferentin) in der
65 Landesgeschäftsstelle nur sehr niedrig eingestufte Gehälter zahlen. Aber selbst
66 diese an den TV-L Ost angelehnten Grundentgelte sind über mehrere Jahre nicht
67 angepasst worden, so dass wir für eine Aufstockung wenigstens dieser Werte an
68 den dann 2018 gültigen Tariflohn vorschlagen. Dies führt dann natürlich aufgrund
69 der lange unterbliebenen Anpassung einmalig zu einer relativ deutlichen
70 Kostensteigerung.

71 Einnahmen

72 Auf der Einnahmenseite führt das Ergebnis der Bundestagswahl zu einer
73 Stabilisierung unserer bisherigen Einnahmenhöhe.

74 Ausgaben

75 Zeile 14: Weiterbildung Mitarbeiter

76 In 2016 konnten insbesondere wegen der Bundestagswahl keine
77 Weiterbildungsangebote in Anspruch genommen werden. Daher schlagen wir die
78 „Mitnahme“ dieser Mittel in das Folgejahr vor. Außerdem beginnt ein*e neue*r
79 Kollege*in in der PÖA, hier ist ggf. ein erhöhter Einarbeitungsaufwand zu
80 erwarten.

81 Zeile 17: Ausstattung LGS

82 Abbau des aufgelaufenen Investitionsstaus, so müssen bspw. die Stühle im
83 Beratungsraum oder die Feuerlöscher ausgetauscht werden.

84 Zeile 22: Ausstattung Technik

85 Verstetigung der Anschaffungs- und Leasingkosten aufgrund gestiegener
86 technischer Anforderungen (wie Videoproduktion, die neben leistungsfähigeren
87 Computern auch höhere Softwarekosten nach sich zieht).

88 Zeile 22a: Neu: Aufwand PÖA, Medienlizenzen

89 Die gleichen Anforderungen des medialen Umfelds führen zu höherem Bedarf für
90 Bildvorlagen bei Sharepics oder Musiklizenzen für Videoclips. Bisher wurden
91 diese Kosten immer anlassbezogen verbucht, beispielsweise im Wahlkampfetat, aber
92 wir schlagen vor, diese nun für das Alltagsgeschäft gesondert auszuweisen und
93 etwas mehr Geld verstetigt einzuplanen.

94 Zeile 28a: Künstlersozialabgabe

95 Die bisherige parteiinterne Umlage zwischen Bundesverband und Landesverbänden
96 ist nach deutlichen gestiegenen Kostenforderungen der Künstlersozialkasse
97 überarbeitet worden, so dass nun auch unser Landesverband zur Zahlung
98 verpflichtet worden ist.

99 Zeile 36: Weiterbildung politische Akteure

100 Wir planen für das kommende Jahr eine ganze Reihe von Weiterbildungen für LaVo-
101 Mitglieder und auch die Partei. Unter anderem eine dringend nötige intensive
102 Schulung in der Mitglieder- und Finanzbuchhaltungsdatenbank SHERPA, ein
103 Neumitgliederseminar sowie eine Reihe von Angeboten zur Vorbereitung der
104 Kommunalwahl 2019. Natürlich setzen wir da auch auf weitestgehende
105 Gegenfinanzierung aus den Weiterbildungsfonds der Gesamtpartei (siehe Z. 8).

106 Zeile 37: Aktionshaushalt

107 Die angedachte punktuelle Ausgaben-Ausweitung führt an anderen Stellen logisch
108 auch zum Einsparzwang. Bislang ist der Aktionshaushalt das Auffangbecken für
109 alle möglichen Kosten und zuletzt mit ordentlichem Puffer ausgestattet gewesen.
110 Das ist nun in der Höhe in Abwägung zu anderen Aufgaben nicht mehr möglich, wir
111 werden nun genauer planen müssen.

112 Zeile 39: GHG

113 Da wir inzwischen erfreulicherweise vier aktive Grüne Hochschulgruppen im Land
114 haben, steigen hier die Zuschüsse für deren Arbeit, durch die grünes Denken
115 einer wichtigen Zielgruppe nahegebracht wird.